

**Gemeinsame Pressemitteilung von
Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen e.V., Jugendliche ohne Grenzen, dem Bündnis
„Innenminister abschieben!“ und zahlreichen weiteren Unterstützerinnen**

Bochum, den 06.06.2014
Pressemitteilung 06/2014

**Aufruf zur Demonstration
„WILLKOMMENSKULTUR! BLEIBERECHT FÜR ALLE, JETZT SOFORT!“ am
12.06.2014, 17 Uhr in Bonn**

Anlässlich der Innenministerkonferenz, welche vom 11.06. - 13.06.2014 in Bonn tagt, rufen ‚Jugendliche ohne Grenzen‘, Flüchtlingsrat NRW e.V., das Protestbündnis ‚Innenminister abschieben!‘ und viele weitere Organisationen zu einer Demonstration am 12.06.2014 um 17 Uhr am Münsterplatz in Bonn auf. Das Motto der Kundgebung lautet „WILLKOMMENSKULTUR! BLEIBERECHT FÜR ALLE, JETZT SOFORT!“.

Menschenrechte werden Flüchtlingen aufgrund von „migrationspolitischen Erwägungen“ weitestgehend verweigert. Die Organisatorinnen und Unterstützerinnen der Demonstration sehen darin eine Abschreckungsstrategie, die schutzsuchende Menschen davon abhalten soll, nach Deutschland zu fliehen. Fakt ist jedoch, dass die Zahl der Flüchtlinge aufgrund der weltpolitischen Lage weiterhin ansteigt und sie weder von einem verschärften Grenzschutz an den EU Außengrenzen noch von restriktiver Gesetzgebung davon abgehalten werden, den lebensgefährlichen Weg nach Europa anzutreten.

Nach der Dublin-Verordnung ist grundsätzlich das europäische Ersteinreiseland für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig. Anträge von Asylsuchenden, die über ein anderes europäisches Land nach Deutschland eingereist sind, finden in Deutschland daher meist keine Beachtung. Der Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative, Manfred Stenner, fordert den *"Stopp der Rückführungen in problematische EU-Ersteinreisländer, in denen Flüchtlinge menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt sind"*. Simon Ernst, Vorstandsmitglied der ver.di-Jugend NRW-Süd findet klare Worte für die Position des Protestbündnisses: *„Die 'Festung Europa' muss fallen, die Dublin-Verordnung und Frontex gehören EU-weit abgeschafft. Wer gebetsmühlenartig alle 'Freiheiten' für die Wirtschaft fordert, kann doch umgekehrt den Menschen nicht die Bewegungsfreiheit verwehren.“*

In Deutschland finden die Schutzsuchenden derzeit ein politisches System vor, welches ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft systematisch verwehrt. Dies äußert sich unter anderem an den erschwerten Zugängen für Flüchtlinge zum Arbeitsmarkt, zu Ausbildungsmöglichkeiten und Sprachkursen, an den oft menschenunwürdigen Zuständen in den Flüchtlingsunterkünften, an der mangelnden medizinischen Versorgung, an Wohnsitzauflagen und Residenzpflicht oder an den zahlreichen

Geschäftsstelle des
Flüchtlingsrats NRW e. V.

Wittener Straße
D-44803 Bochum
Tel.: 0234/587 315 6
Fax: 0234/587 315 75
info@frnrw.de
www.frnrw.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
Köln
BLZ 370 205 00
Konto Nr. 8 05 41 00

Einschränkungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz. Bryan Rattan von der Organisation ‚Jugendliche ohne Grenzen‘ fordert daher *„gleiche Rechte und eine echte Willkommenskultur für Flüchtlinge“*.

Großes Lob haben die Innenminister für die Aufnahme von insgesamt 10.000 syrischen Flüchtlingen bekommen, während die armen Nachbarländer Syriens Millionen Menschen aufnehmen. Zudem konnten die Bundesländer eigene Aufnahmeanordnungen für syrische Kriegsflüchtlinge erlassen. Gerade bei letzteren lautet das Prinzip der Programme allerdings: Gute Chancen hat nur, wer Angehörige hat, die für den Lebensunterhalt aufkommen und Wohnraum bieten können. *„Wir fordern ein Schutzprogramm nicht nur für gut Situierte! Die Bedingungen müssen erleichtert und das Bundeskontingent aufgestockt werden!“* kommentiert Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW e.V.

Die Zahl der rassistischen Angriffe auf Flüchtlinge in Deutschland hat sich in 2013 mehr als verdoppelt. Tendenz steigend: Alleine in den ersten zwei Monaten in 2014 gab es 21 Angriffe auf Gemeinschaftsunterkünfte – darunter 13 Brandanschläge. Eine aufgeladene politische Stimmung, oft befeuert durch Aussagen von Innenpolitikern, Unkenntnis und falschen Fakten zur Lebenswirklichkeit Asylsuchender und Geduldeter sind der Boden für menschenverachtende und rassistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und erleichtern den Aufstieg der „Neuen Rechten“. Gemeinsam müssen wir Angriffen und rassistischer Hetze entgegentreten!

Am 12. 6. fordern wir mit unserer Demonstration:

- Bedingungsloses Bleiberecht für ALLE! Willkommenskultur statt „Festung Europa“! Die Abschaffung ALLER ausgrenzenden Gesetze und Regelungen, wie z.B. Residenzpflicht, Asylbewerberleistungsgesetz und Lagerunterbringung!
- Die Legalisierung von Menschen ohne Papiere!
- Chancengleichheit bei Bildung, Ausbildung und Arbeit!
- Abschaffung der Dublin-Verordnung!
- Abschaffung der Abschiebehaft! Abschiebungen stoppen!
- Vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für Flüchtlingskinder – auch in der Praxis!
- Das Recht für unsere abgeschobenen Freunde und Freundinnen, in ihre Heimat Deutschland zurückzukehren!

Für Rückfragen stehen Ihnen die Sprecher des Bündnisses zur Verfügung.

gez. Antonia Kreul, Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen e.V., Tel. 0234-587 315 60

Weiterer Ansprechpartner: Simon Ernst, ver.di-Jugendvorstand NRW-Süd, Tel. 0151-10734531

Weitere Informationen: <http://konferenz.jogspace.net/demonstrationen/demonstration-2014/>